



Schlussbericht (Kurzfassung)

Fokusevaluation des sonderpädagogischen Angebots und der integrierten Sonderschulung im Kanton Schwyz

Dr. Silvia Pool Maag

MA David Labhart

Prof. Dr. Elisabeth Moser Opitz

30. November 2014

Die Fokusevaluation wurde erstellt auf der Basis der Auftragsvereinbarung vom 30. April 2013 zwischen dem Erziehungsrat des Kantons Schwyz und dem Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Zürich, Bereich Sonderpädagogik, Prof. Dr. Elisabeth Moser Opitz



Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
1.1	Ausgangslage	3
1.2	Evaluationsauftrag und Fragestellungen	3
2	Diskussion entlang der Fragestellungen.....	5
2.1	Zufriedenheit mit den Vorgaben und Rahmenbedingungen	5
2.1.1	Wie zufrieden sind die beteiligten Akteure mit dem SOPA und der IS HZ?	5
2.1.2	Inwiefern entsprechen die kantonalen und lokalen Vorgaben bezüglich SOPA und IS HZ dem Bedürfnis der Schulen und dem Förderbedarf der Lernenden, und wie werden diese Vorgaben umgesetzt?.....	5
2.1.3	Zufriedenheit mit den Rahmenbedingungen: Inwieweit ist der Ressourcenumfang ausreichend und inwieweit ist das Ressourcenmanagement den Bedürfnissen angepasst?	6
2.2	Zusammenarbeit	7
2.2.1	In welchen Bereichen hat sich die Arbeitssituation durch das SOPA/die IS HZ für die beteiligten Personen verbessert oder verschlechtert, und wie gelingt die Umsetzung der Aufgaben- und Kompetenzregelung?	7
2.2.2	Wie sind die Nahtstellen zwischen den Angeboten und den Schulstufen ausgestaltet?	9
2.3	Umsetzung	11
2.3.1	Wie funktionieren die separativen und die integrativen Massnahmen, und welche Auswirkungen haben sie auf den Schulalltag und die einzelnen Lernenden?	11
2.3.2	Wie weit ist, gemessen an wissenschaftlich fundierten Qualitätsstandards, die Qualität im Bereich SOPA und IS HZ an den Schulen fortgeschritten?	11
2.3.3	Wie gelingt das strategische und operative Management des SOPA und der IS HZ an den Schulen?.....	12
3	Schlussfolgerungen und Empfehlungen	15
3.1	Steuerung und Information	15
3.2	Ressourcen	17
3.3	Sekundarstufe	18
3.4	Nahtstellen und Übergänge	18
4	Literatur	20



1 Einleitung

1.1 Ausgangslage

Im Kanton Schwyz arbeiten alle Schulen seit dem Sommer 2009 nach ihrem sonderpädagogischen Konzept, welches das sonderpädagogische Angebot (SOPA) regelt. Das SOPA wird von der Gemeinde bzw. dem Bezirk getragen. Es umfasst „ein Grundangebot für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen auf allen Stufen der Volksschule“ (Immoos, 2012, S. 3). Reichen diese Massnahmen für bestimmte Schülerinnen und Schüler nicht aus, können beim Amt für Volksschulen „verstärkte Massnahmen“ in Form der integrierten Sonderschulung (IS) beantragt werden. Diese Massnahmen werden in Verantwortung der Heilpädagogischen Zentren (HZ) durchgeführt und sind im sonderpädagogischen Konzept des Kantons Schwyz geregelt (AVS, 2011).

1.2 Evaluationsauftrag und Fragestellungen

Das Amt für Volksschulen und Sport des Kantons Schwyz (AVS) erteilte dem Institut für Erziehungswissenschaft im Februar 2013 den Auftrag, das sonderpädagogische Angebot und die integrierte Sonderschulung der Heilpädagogischen Zentren (IS HZ) mit einer Fokusevaluation zu evaluieren. Die Evaluation soll aufzeigen, wie die Sonderpädagogik bezüglich ihrer Angebote (IF, besondere Klassen, IS HZ) funktioniert. Das Erkenntnisinteresse bezieht sich auf das Aufzeigen von Stärken und Schwächen der kantonalen Rahmenbedingungen und auf die Umsetzung der lokalen sonderpädagogischen Konzepte. Ziel ist die Erarbeitung allfälliger Optimierungsmassnahmen.

In die Evaluation einbezogen wurden sowohl die integrative Förderung (IF) und die integrierte Sonderschulung in Verantwortung der Heilpädagogischen Zentren (IS HZ) wie auch die separierte Schulung in Klein- oder Werkklassen. Die Fragen an die Evaluation beziehen sich auf drei Untersuchungsbereiche:

1. Zufriedenheit mit den Vorgaben und Rahmenbedingungen

- Wie zufrieden sind die beteiligten Akteure mit dem SOPA und der IS HZ, und wie sehen sie deren Zukunft? Welche Risiko- resp. Hemmfaktoren bestehen, und was wirkt begünstigend?



- Inwiefern entsprechen die kantonalen und lokalen Vorgaben bezüglich SOPA und IS HZ dem Bedürfnis der Schulen und dem Förderbedarf der Lernenden, und wie werden diese Vorgaben umgesetzt?
- Inwieweit ist der Ressourcenumfang ausreichend und das Ressourcenmanagement den Bedürfnissen angepasst?

2. Zusammenarbeit

- In welchen Bereichen hat sich die Arbeitssituation durch das SOPA und die IS HZ für die beteiligten Personen verbessert oder verschlechtert, und wie gelingt die Umsetzung der Aufgaben- und Kompetenzregelung?
- Wie sind die Nahtstellen zwischen den Angeboten, den Schulstufen und den beteiligten Personen ausgestaltet?
- Wie wird die Zusammenarbeit mit den zuständigen kantonalen Stellen eingeschätzt, und wie wird deren Unterstützung bewertet?

3. Umsetzung

- Wie funktionieren die separativen und integrativen Massnahmen, und welche Auswirkungen haben sie auf den Schulalltag und die einzelnen Lernenden?
- Wie weit ist, gemessen an wissenschaftlich fundierten Qualitätsstandards, die Qualität im Bereich des SOPA und der IS HZ an den Schulen fortgeschritten?
- Wie gelingt das strategische und operative Management des SOPA und der IS HZ an den Schulen?

Der Bericht ist insgesamt in acht Kapitel gegliedert. Die vorliegende Kurzversion umfasst neben der Einleitung (Kap. 1) die Diskussion der Ergebnisse entlang der Fragestellungen der Evaluation (Kap. 2), die Schlussfolgerungen und Empfehlungen (Kap. 3) sowie die in die Diskussion einbezogene Literatur (Kap. 4).



2 Diskussion der Ergebnisse entlang der Fragestellungen

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Analysen mit Bezug zu den Fragestellungen der Evaluation entlang der Themen Zufriedenheit mit den Vorgaben und Rahmenbedingungen, Zusammenarbeit und Umsetzung diskutiert.

2.1 Zufriedenheit mit den Vorgaben und Rahmenbedingungen

2.1.1 Wie zufrieden sind die beteiligten Akteure mit dem SOPA und der IS HZ?

Die Lehrpersonen und die Schulleitungen sind mit ihrer Arbeitssituation (Kap. 3.2.1) und der Umsetzung der integrativen Schulung insgesamt zufrieden. Es fällt allerdings auf, dass dies nicht für alle Befragten zutrifft. Die SHP beispielsweise sind weniger zufrieden mit ihrer Arbeitssituation als die RLP und die KKLK. Mögliche Gründe dafür werden in den qualitativen Analysen genannt. Diese zeigen, dass eine vertiefte Zusammenarbeit mit den RLP erschwert wird, wenn die SHP viele Klassen zu betreuen haben. Ein weiterer Aspekt, der die Zufriedenheit der SHP beeinflussen könnte, ist die unbezahlte Besprechungszeit.

Jüngere Befragte (bis 35-jährig) sind grundsätzlich zufriedener mit ihrer Arbeitssituation als die 36- bis 50-Jährigen. Ähnliches zeigt sich bei den Schulleitungen: Befragte mit zehn und weniger Jahren Erfahrung in der Schulleitung sind zufriedener mit ihrer Arbeitssituation als ihre Berufskolleginnen und -kollegen mit mehr als zehnjähriger Schulleitungserfahrung. Es ist möglich, dass sich der zusätzliche Arbeitsaufwand durch die integrative Schulung bei erfahrenen Schulleitungen negativ auf die Bewertung der Zufriedenheit mit der Arbeitssituation auswirkt. Bei erfahrenen Lehrpersonen zeigen die qualitativen Analysen eine höhere Erwartungshaltung hinsichtlich von gutem Unterricht und einer effektiven Zusammenarbeit im Unterricht, was zu einer kritischeren Einschätzung der integrativen Schulung führen könnte.

2.1.2 Inwiefern entsprechen die kantonalen und lokalen Vorgaben bezüglich SOPA und IS HZ dem Bedürfnis der Schulen und dem Förderbedarf der Lernenden, und wie werden diese Vorgaben umgesetzt?

Die kantonalen und lokalen Vorgaben entsprechen den Bedürfnissen der Lehrpersonen (Kap. 3.2.2) und die befragten RLP, SHP und KKLK kennen die Inhalte der Konzepte.



Die Lehrpersonen der Sekundarstufe schätzen die Nützlichkeit der Konzepte weniger hoch ein als die Lehrpersonen der Primarstufe, und für die Lehrpersonen der Kleinklassen sind die Konzepte weniger hilfreich als für die Lehrpersonen der Regelklassen.

Die Schulleitungen sind sehr zufrieden mit den Konzepten, und sie orientieren sich in ihrer Arbeit daran. Es wurde berichtet, dass die Konzepte im Moment in verschiedenen Gemeinden überarbeitet werden. Das weist auf Veränderungen der integrativen Praxis hin und ist positiv einzuschätzen.

Die Analyse der lokalen sonderpädagogischen Konzepte zeigt, dass die Vorgaben und Empfehlungen des Kantons in den Konzepten der Schulen enthalten sind, allerdings in unterschiedlicher Ausführlichkeit. Die Rahmenbedingungen und die formalen Aspekte werden insgesamt doppelt so stark gewichtet wie die umsetzungsorientierten Themen. Schulen, die schon seit vielen Jahren integrieren, orientieren sich häufig an einem Musterkonzept. Der Bereich *Aufgabenteilung und Kompetenzregelung* wird dabei stark gewichtet. Es ist möglich, dass es für diese Pionierschulen hinsichtlich der gemeinsamen Unterrichtsgestaltung mit den SHP wichtig war, die Rollen, Aufgaben und Kompetenzen detailliert zu klären und in den Konzepten umfassend festzuhalten. Schulen mit Konzepten ohne Bezug zu einem Musterkonzept gewichten formale Aspekte und Rahmenbedingungen stärker.

Diese Ergebnisse weisen insgesamt darauf hin, dass die Umsetzung des sonderpädagogischen Angebots auf der Ebene der Konzepte vor allem unter dem Gesichtspunkt der Rahmenbedingungen und der Organisation beschrieben wird.

2.1.3 Zufriedenheit mit den Rahmenbedingungen: Inwieweit ist der Ressourcenumfang ausreichend und inwieweit ist das Ressourcenmanagement den Bedürfnissen angepasst?

Die Konzeptanalyse zeigt, dass die Ressourcenausstattung der 15 untersuchten Schulen zwischen 0.18 bis 0.21 und der Mittelwert bei 0.20 liegt. Nach Meinung der Befragten werden die zur Verfügung stehenden Mittel insgesamt als eher knapp ausreichend eingeschätzt, sie reichen für den "Normalfall". Hingegen sind die Ressourcen für die Begleitung von Schülerinnen und Schülern mit einem SOPA- oder IS HZ-Status ausreichend (Kap. 3.2.3). So liegt die Interpretation nahe, dass die Situation befriedigend eingeschätzt wer-



den muss, und die schlechtere Einschätzung der allgemeinen Situation die Einstellung der Befragten wiedergibt. Allerdings zeigen sich Schwierigkeiten bezüglich der Verteilung der Ressourcen. Viele Schulen weisen der Unterstufe aus präventiven Gründen mehr IF-Lektionen zu als der Mittelstufe. Dadurch wird der Ressourcenpool für die Mittelstufe kleiner, was zur Folge hat, dass die Schülerinnen und Schüler klassenübergreifend in separierten Gruppen gefördert oder vermehrt den Kleinklassen zugewiesen werden.

Die Befragten sind mit den vorhandenen Arbeitsmitteln sehr zufrieden. Auch die Raumsituation entspricht weitgehend den Erfordernissen, wobei die SHP das Vorhandensein von Zusatzräumen schlechter einschätzen als die RLP (Kap. 3.2.3). Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass die SHP für die Arbeit mit Gruppen (Kap. 3.4.2) auf zusätzliche Räume angewiesen sind.

Das sonderpädagogische Personal nimmt erwartungsgemäss häufiger an Weiterbildungen zu sonderpädagogischen Themen teil als die RLP und die SL. Erfreulich ist die hohe Beteiligung der SHP an Intivisionssitzungen, was auch in den Interviews wiederholt als positive Erfahrung dargestellt wurde. Bezüglich der Finanzierung von sonderpädagogischen Fortbildungsangeboten bestehen bei den RLP Unsicherheiten.

2.2 Zusammenarbeit

2.2.1 In welchen Bereichen hat sich die Arbeitssituation durch das SOPA/die IS HZ für die beteiligten Personen verbessert oder verschlechtert, und wie gelingt die Umsetzung der Aufgaben- und Kompetenzregelung?

Umsetzung der Aufgaben- und Kompetenzregelung auf Gemeinde- und Kantonsebene

Die Arbeitssituation ist für die Lehrpersonen anspruchsvoller geworden (vgl. auch Kap. 4.3.1). Die Integration brachte vor allem auf der Ebene der Schulleitung und der Lehrpersonen neue Aufgaben und damit einen grösseren Arbeitsaufwand und mehr Verantwortung.

Die Zuständigkeiten zwischen Schulleitung und Schulrat sind klar geregelt und die Zusammenarbeit funktioniert gut und unbürokratisch. Allerdings gelingt es nicht immer, in



Problemsituationen situationsadäquate Lösungen zu finden. Das Fehlen von ausgebildeten SHP wird von den Schulleitungen als erschwerender Faktor genannt. Trotzdem schaffen sie es mehrheitlich, die Personalfrage für ihre Schulen zu lösen.

Die Lehrpersonen und die Schulleitungen sind insgesamt zufrieden mit der Zusammenarbeit mit den kantonalen Fachdiensten, was als Ergebnis sehr positiv zu bewerten ist, da insbesondere die Abteilung Schulpsychologie und die Stabsstelle Sonderpädagogik für die Schulen und Gemeinden wichtige Partner bei der Umsetzung und Steuerung des SO-PA und der IS HZ sind.

Umsetzung der Kompetenzregelung auf Ebene der Schule

Die Schulleitung agiert in sonderpädagogischen Fragen aus der Sicht der Mehrheit der Lehrpersonen transparent, koordiniert und unterstützend. Die Entscheidungskompetenzen sind geregelt. Diese positive Beurteilung deckt sich auch mit der Selbsteinschätzung der Schulleitungen und kann auf die transparente Darstellung der Abläufe und Verfahren sowie der Aufgaben- und Kompetenzregelungen in den Konzepten zurückgeführt werden (vgl. auch Kap. 4.1.2). Die Lehrpersonen erfahren von der Schulleitung und Schulleitung Wertschätzung für ihre Arbeit, und sie erhalten mindestens einmal jährlich Rückmeldung zu ihrem Unterricht. Das Feedback zum Unterricht in der Kleinklasse und zur integrativen Förderung dürfte aus Sicht der Fachpersonen (SHP und KKLP) teilweise intensiviert werden.

Zusammenarbeit zwischen den RLP und den SHP

Die Zusammenarbeit wird sowohl von den SHP als auch von den RLP eher positiv eingeschätzt. Die am häufigsten praktizierte Form der Zusammenarbeit im Unterricht besteht aus der Gruppenförderung ausserhalb des Klassenunterrichts.

Zwischen den RLP und den SHP besteht eine klare Aufgabenteilung im Unterricht. So übernimmt die RLP meist die Hauptverantwortung im Unterricht, während die SHP die Kinder mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen unterstützt. Dies entspricht einer Rollenteilung, die auch in der wissenschaftlichen Literatur dokumentiert ist (Pool Maag & Moser Opitz, 2014; Urban & Lütje-Klose, 2014) sowie in den sonderpädagogischen Konzepten der Schulen als Variante der Zusammenarbeit festgehalten ist.



Die Ergebnisse verweisen insgesamt auch auf kritische Punkte der Zusammenarbeit: Erstens wird darauf hingewiesen, dass tendenziell zu wenig Zeit für die Zusammenarbeit zur Verfügung steht. Zweitens schätzen die SHP die Qualität der Zusammenarbeit insgesamt und im Besonderen die Qualität der Teamarbeit kritischer ein als die Regellehrpersonen. Hier scheinen Ressourcen, d.h. die Anzahl der zu betreuenden Klassen und das Unterrichtpensum, Einfluss auf die Qualität der Zusammenarbeit zu nehmen. Drittens funktioniert die Zusammenarbeit auf der Primarstufe verglichen mit der Sekundarstufe besser; die Verantwortung und die Bereitschaft für die Zusammenarbeit liegt auf der Sekundarstufe mehrheitlich bei der SHP, und es fehlen etablierte und schriftliche Konzepte für die Zusammenarbeit im integrativen Unterricht.

2.2.2 Wie sind die Nahtstellen zwischen den Angeboten und den Schulstufen ausgestaltet?

Nahtstellen zwischen den Angeboten

Die Analyse zeigt, dass die Entscheidungen über die Zuweisung/Rückgliederung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen aus Sicht der SL fachlich breit abgestützt sind: Sie können dafür auf fundierte Entscheidungsgrundlagen der RLP und des Schulrats zurückgreifen sowie Einschätzungen der Abteilung Schulpsychologie beiziehen. Aus Sicht der SL eher unklar ist die Regelung der Zuständigkeiten bei Übertritten von der Kleinklasse in die integrative Schulung und umgekehrt. Es gibt Hinweise in den Interviews, dass auf der Primarstufe auch nicht leistungsbezogene Aspekte zu einer Zuweisung zu einer Kleinklasse führen. Das ist problematisch, weil Rückführungen von der Klein- in die Regelklasse kaum stattfinden.

Die Kleinklassen sind Teil des SOPA, aber nicht Teil der integrativen Förderung. Das führt zu ambivalenten Rückmeldungen. Einerseits ist es aus der Sicht der SL notwendig, aus Tradition, wegen mangelnden Ressourcen oder aus pädagogischen Gründen Kleinklassen zu führen. Andererseits wird eine vermehrte Integration von Schülerinnen und Schülern der Werkklasse in die Realklasse und auch eine höhere Durchlässigkeit zwischen den Schulformen von den Lehrpersonen und Schulleitungen der Sekundarstufe gewünscht.



Übergänge zwischen den Schulstufen

Die Lehrpersonen sind engagiert und bemüht, ihre Schülerinnen und Schüler gut auf den jeweiligen Übergang vorzubereiten. Annähernd die Hälfte der Schulen verfügt über ein Konzept, in dem das Vorgehen geregelt ist. Dokumente, die einzelne Lernende betreffen, werden teilweise aus Gründen des Datenschutzes nicht weitergegeben, vor allem dann, wenn der Schulträger im Übergang wechselt. Es ist zu prüfen, ob dieses Vorgehen dem Ziel der Weiterführung der integrativen Förderung dient.

Die verschiedenen Übergänge werden von den Befragten unterschiedlich schwierig wahrgenommen. Der Übertritt vom Kindergarten in die Primarstufe ist bezüglich der Abläufe, der Verfahren und der Zuständigkeiten am besten etabliert. Der Übertritt in die Sekundarstufe und in die Berufsbildung ist bei IF-Schülerinnen und -Schülern und in besonderem Masse bei IS-Schülerinnen und -Schülern herausfordernd und mit viel Aufwand verbunden. Im Übergang von der Primar- in die Sekundarstufe nehmen die SL und die SHP bezogen auf den fachlichen Austausch und die Weiterführung der integrativen Förderung eine zentrale Rolle ein. Sie müssen oft gegen die automatische Zuweisung der Schülerinnen und Schüler mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen in die Werkklasse ankämpfen, was anstrengend empfunden wird. Die SL fordern deshalb auch klarere Richtlinien und Empfehlungen zum Vorgehen.

Der Übergang der Schülerinnen und Schüler der Werkklassen in die Berufsbildung ist sehr anspruchsvoll. Die KKLP sind sehr engagiert und investieren von der siebten Klasse an viel Zeit in die Berufswahlvorbereitung. Sie ermöglichen ihren Jugendlichen verschiedene Berufspraktika und Schnupperlehren. Die Verdrängung der Schülerinnen und Schüler vom Berufsausbildungsmarkt durch schwache Realschülerinnen und -schüler wird als grosse Herausforderung für die Berufsintegration wahrgenommen.

Die kantonalen Angebote wie Berufsberatung, Brückenangebote, fachkundige individuelle Begleitung und Case Management werden hilfreich eingeschätzt. Hingegen wird kritisiert, dass die IV-Berufsberatung im Vergleich zu den kantonalen Angeboten nicht unterstützend sei, da sie sich für IS-Schülerinnen und -Schüler zu wenig einsetzen würde.



2.3 Umsetzung

2.3.1 Wie funktionieren die separativen und die integrativen Massnahmen, und welche Auswirkungen haben sie auf den Schulalltag und die einzelnen Lernenden?

Die sonderpädagogischen Massnahmen im Kanton Schwyz werden von den Befragten grundsätzlich positiv beurteilt. Die Lehrpersonen berichten von positiven Veränderungen bezüglich der Zusammenarbeit und der Erweiterung der Unterrichtsmethoden (Kap. 3.5.1). Gleichzeitig wird aber auch darauf hingewiesen, dass die Klassenführung und Unterrichtsvorbereitung anspruchsvoller geworden seien. Trotzdem muss hier, verbunden mit der hohen allgemeinen Arbeitszufriedenheit der verschiedenen Befragten (Kap. 3.2.1), von einer zufriedenstellenden Entwicklung in den letzten Jahren gesprochen werden.

Trotz dieser positiven Grundhaltung äussern viele Lehrpersonen die Befürchtung, dass die integrative Schulung zu Nachteilen bezüglich der Lernprozesse der Schülerinnen und Schüler mit und ohne besondere pädagogische Bedürfnisse führt (Kap. 3.5.1). Verschiedene Forschungsergebnisse auf internationaler Ebene (Ruijs & Peetsma 2009) sowie auch in der Schweiz (zur Übersicht Moser Opitz 2011) zeigen, dass diese Befürchtungen nicht zutreffen. Diese Erkenntnisse müssten vermehrt auch der Praxis zugänglich gemacht werden.

Die Heilpädagogischen Zentren bewerten die integrativen Entwicklungen positiv (Kap. 3.5.1). Allerdings hat die integrative Schulung Folgen für die Tagesschule. Die Heterogenität hat abgenommen und stellt in den Augen der Tagesschulen eine Herausforderung für die Arbeit mit den verbliebenen Schülerinnen und Schülern dar.

2.3.2 Wie weit ist, gemessen an wissenschaftlich fundierten Qualitätsstandards, die Qualität im Bereich SOPA und IS HZ an den Schulen fortgeschritten?

Die innere Differenzierung im Unterricht wird vor allem durch die Arbeit mit Wochenplänen oder mit Arbeitsaufträgen für zwei bis drei Niveaugruppen umgesetzt (Kap. 3.5.2). Dabei werden auf der Primarstufe häufiger erweiterte Lehr- und Lernformen eingesetzt als auf der Sekundarstufe.



Standortgespräche werden regelmässig durchgeführt. Hier schätzen die Erziehungsberechtigten ihren eigenen Informationsstand und ihren Einbezug bei wichtigen Entscheidungen jedoch tiefer ein als die beteiligten Lehrpersonen (Kap. 3.5.3).

Förderpläne werden bei der integrativen Förderung (IF) und der integrierten Sonderschulung (IS) eingesetzt, jedoch vor allem zur Dokumentation und zur Legitimation von Zuweisungsentscheidungen. Die Kleinklassenlehrpersonen schreiben keine Förderpläne, sondern orientieren sich bei der Stoffauswahl an anderen Kriterien (z.B. Reallehrplan).

Auf der Sekundarstufe ist die Integration weniger weit fortgeschritten als auf der Primarstufe. Das hängt mit strukturellen Faktoren zusammen. Der Gliederung der Oberstufe in Werkklasse, Real- und Sekundarklasse (äussere Differenzierung) widerspricht dem Prinzip der Integration. Diesem Widerspruch und den Folgen für die integrative Schulung müsste auf der Ebene der Schulmodelle begegnet werden (vgl. auch Kap. 4.3.3).

2.3.3 Wie gelingt das strategische und operative Management des SOPA und der IS HZ an den Schulen?

Das strategische Management aus Sicht der Schulpräsidentinnen und präsidanten

Die Schulpräsidentinnen und -präsidenten beurteilen die Umsetzung des SOPA und der IS HZ in den Gemeinden grundsätzlich positiv. Die Konzepte zum sonderpädagogischen Angebot und zur integrierten Sonderschulung sind weitgehend umgesetzt und werden in der Praxis als hilfreich eingeschätzt. Die Zuweisungsprozesse funktionieren gut.

Weiter zeigt sich, dass sich die strategische Arbeit der Schulpräsidentinnen und -präsidenten durch die Umsetzung des SOPA und der IS HZ wenig verändert hat. Die Mehrarbeit fällt im operativen Bereich an den Schulen an, wobei die Schulleitungen, die Schulleitungen und die Lehrpersonen bei der Umsetzungsarbeit stark gefordert sind.

Kritisiert wird das Verhältnis zwischen Kanton und Gemeinden bezüglich der Finanzierung der integrativen Schulung und der Mitsprache. Die Gemeinden fühlen sich in Bereichen, die sie selber finanzieren, vom Kanton bevormundet und wünschen sich mehr Freiraum, um Ressourcen gezielter und bedarfsorientierter einzusetzen. Zugleich wird deutlich, dass



kleine Gemeinden und Eingemeindebezirke vom Ressourcen-Verteilschlüssel des Kantons nicht gleichermassen profitieren wie die anderen Gemeinden. Die Finanzkraft der Gemeinden sowie die soziale Belastung muss bei der Festlegung des Pensenpools berücksichtigt werden.

Die Schulpräsidentinnen und -präsidenten wünschen sich einen engeren fachlichen Austausch zwischen Kanton und Gemeinde, aber auch zwischen den Gemeinden. Hilfreich wäre insbesondere der Austausch von guten Umsetzungsbeispielen.

Das operative Management aus Sicht der Schulleitungen

Die Schulleitungen mussten im Zuge der integrativen Schulung viele neue Aufgaben übernehmen. Ein grosser Teil der Arbeit umfasst die Ressourcenzuteilung, die Vermittlung der Ziele der Integration, das Arbeiten an einer positiven Haltung zur Integration im Kollegium und die Zusammenarbeit in Gesprächen mit den beteiligten Personen. Die SHP nehmen in den Schulhäusern zusammen mit den Schulleitungen und den Schulteamleitungen in Bezug auf die interne Ressourcenzuweisung eine Schlüsselrolle ein. Die Ergebnisse zeigen, dass dies zu einer starken Professionalisierung und Erweiterung der fachlichen Kompetenzen an den Schulen geführt hat, jedoch nicht auf allen Ebenen. Mehr als die Hälfte der Schulleitungen stellt die Frage, ob der Schulrat über die notwendigen Fachkompetenzen verfügt, um in Konfliktfällen über Zuweisungen/Rückgliederungen von Schülerinnen und Schülern auf Gemeindeebene entscheiden zu können.

An grossen Schulen und in Eingemeindebezirken sind die Schulleitungen zeitlich stark mit dem Management des SOPA und der IS HZ belastet. Das hat zur Folge, dass zur Entlastung vermehrt Kompetenzen an die Schulteamleitungen übertragen werden müssen (z.B. Teilnahme an Standortgesprächen am Runden Tisch).

Auf der Primarstufe bemängeln die Schulleitungen die teilweise knapp bemessenen IS-Lektionen. Auf der Sekundarstufe sind die fehlenden personellen Ressourcen für die Unterstützung der Klassen und der Lernenden mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen eine grosse Herausforderung für die Weiterführung der integrativen Förderung. Diese Problematik sehen auch die Leitungspersonen der Heilpädagogischen Zentren: Die integrierte Sonderschulung hat sich aus ihrer Sicht vom Kindergarten über die Unterstufe hinweg gut entwickelt und etabliert. Die Weiterführung der integrierten Sonderschulung



auf der Sekundarstufe wird als ein grosses Anliegen bezeichnet. Insbesondere sollte die Integration weniger eine Angelegenheit von „Personen im Schulzimmer“ bleiben, sondern vielmehr ein Anliegen der „gesamten Schule“ werden. Die Leitungspersonen der Heilpädagogischen Zentren erkennen grosse Herausforderungen sowohl in der Dreigliedrigkeit der Sekundarstufe als auch in der aus ihrer Sicht unklaren Positionierung des Kantons bezüglich des Stellenwerts von Integration.

Das strategische Management aus Sicht der Leitungspersonen der Stabsstellen

Die Leitungspersonen der Stabsstellen und Abteilungen des AVS, die für die Steuerung und Begleitung der Umsetzung des SOPA und der IS HZ auf kantonaler Ebene verantwortlich sind, benennen ähnliche Probleme der Umsetzung wie die Schulpräsidentinnen und -präsidenten, die Schulleitungen und die Lehrpersonen. Dies weist darauf hin, dass die Personen der kantonalen Fachdienste im Austausch mit den Personen in den Gemeinden und in den Schulen stehen und gut über die Herausforderungen und die positiven Erfahrungen informiert sind. Die Herausforderungen sehen die Befragten in der mangelnden Etablierung der Integration auf der Sekundarstufe, in den fehlenden beruflichen Anschlussmöglichkeiten der Jugendlichen sowie im Mangel an ausgebildeten SHP und der Praxis der Doppelanstellungen: Die SHP sind für die IS vom Kanton angestellt und für die IF von der Gemeinde, was im Bereich der Personalführung an der Schule immer wieder zu Schwierigkeiten führt. Den Leitungspersonen der Heilpädagogischen Zentren ist die fachliche Qualifikation der SHP, die in der IS arbeiten, wichtig, weshalb sie sich für die bestehende Anstellungsform einsetzen.

Zwei weitere Themen beschreiben die Leitungspersonen der Stabsstellen und Abteilungen des AVS als Herausforderung: Zum einen geht es um die Frage, welches Wissen Schulleitungen zur integrativen Schulung haben müssen, um ihr Personal (Regellehrpersonen und sonderpädagogisches Personal) professionell zu führen. Zum anderen beschäftigt die Befragten die unbefriedigende Situation im Bereich „Verhalten“ und die fehlenden konzeptuellen Lösungsansätze.



3 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die durch den Kanton Schwyz verantwortete Umsetzung des sonderpädagogischen Angebots und der integrierten Sonderschulung wird von allen Befragten auf verschiedenen Ebenen grundsätzlich positiv bewertet:

- Der grösste Teil der befragten Lehrpersonen weist eine hohe Zufriedenheit auf und es wird von positiven Veränderungen durch die integrative Schulung berichtet.
- Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Berufsgruppen und zwischen Kanton und Gemeinden wird grundsätzlich positiv beurteilt. Zudem zeigt sich, dass die intensivere Zusammenarbeit zwischen Regellehrpersonen und SHP als produktiv bewertet wird.
- Die befragten Erziehungsberechtigten der IS- und IF-Schülerinnen und -Schüler sowie der Kleinklassenschülerinnen und -schüler geben an, dass sich ihre Kinder in der Schule wohl und von den Lehrpersonen unterstützt fühlen.
- Die Konzepte zum sonderpädagogischen Angebot und zur integrierten Sonderschulung sind weitgehend umgesetzt und werden als für die Praxis hilfreich erachtet. Die Zusammenarbeit mit den kantonalen Fachdiensten wird positiv beurteilt. Die Schulpräsidentinnen und -präsidenten beurteilen die Umsetzung des SOPA und der IS HZ in den Gemeinden grundsätzlich positiv.
- Die Leitungspersonen der Heilpädagogischen Zentren bewerten die Entwicklung der integrativen Schulung positiv.

In verschiedenen Bereichen zeigt sich allerdings auch Optimierungsbedarf. Diese „Entwicklungsfelder“ werden im Folgenden beschrieben.

3.1 Steuerung und Information

Personalführung SL und SHP

- Die Schulleitung sollte in ihrer Rolle gestärkt werden. Es ist zu prüfen, ob in einigen Situationen Entlastungsmöglichkeiten anzubieten sind, z.B. über eine Reduktion der Unterrichtsverpflichtung oder über neue Formen der Aufgabenteilung zwischen Schulleitung und Schulteamleitung.



- Gleichzeitig ist zu prüfen, ob der Schulrat die geeignete Instanz ist, um Zuweisungen und Rückgliederungen von Schülerinnen und Schülern mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen zu prüfen.
- Bei den SHP, die unterschiedliche Arbeitsformen mit verschiedenen Lehrpersonen und Lernenden praktizieren, greifen herkömmliche Formen der Hospitation während einer Lektion in einer Klasse zu kurz. Das unterrichtsbezogene Feedback an die SHP/KKLP sollte deshalb überprüft und allenfalls angepasst werden.
- Die Personalführung bezüglich der kantonal angestellten SHP ist zu überprüfen. Es sollten Modelle ins Auge gefasst werden, bei denen die fachliche Beurteilung und Qualifikation der SHP durch die Leitung des Heilpädagogischen Zentrums in Zusammenarbeit mit der Schulleitung vor Ort vorgenommen wird.
- Ein Problem der integrativen Schulung ist der Mangel an ausgebildeten SHP. Hier sollte mit den Ausbildungsinstitutionen nach Lösungen gesucht werden (z.B. spezielle Ausbildungsangebote für Lehrkräfte der Sekundarstufe).

Weiterbildung

- Interventionsgruppen unterstützen die Umsetzung von integrativer Schulung und werden von den SHP rege genutzt. Es ist zu prüfen, wie RLP vermehrt motiviert werden könnten, solche Angebote zu nutzen.
- Die Lehrpersonen (RLP, SHP) sollen über Weiterbildungsangebote darin unterstützt werden, ihren Unterricht in Richtung innere Differenzierung weiterzuentwickeln. Dies betrifft insbesondere die Sekundarstufe.
- Bei den Regellehrpersonen scheint Unklarheit bezüglich der Finanzierung von sonderpädagogischen Weiterbildungsangeboten zu bestehen. Hier sollte geklärt werden, ob und wo Informationsbedarf besteht.
- Es wird empfohlen, den Lehrpersonen praxisrelevante Forschungsergebnisse zur Leistungsentwicklung in integrativen Klassen (grösserer Lernerfolg und bessere Chancen in der Berufsausbildung für die Schülerinnen und Schüler mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen, keine Nachteile auf Leistungsebene für die anderen Schülerinnen und Schüler) an Weiterbildungsveranstaltungen zugänglich zu machen. Damit könnte den oft genannten diesbezüglichen Befürchtungen begegnet werden.



Erziehungsberechtigte

- Es soll näher untersucht werden, in welchen Situationen sich Erziehungsberechtigte zu wenig informiert und zu wenig in Entscheidungen einbezogen fühlen.

Förderpläne

- Die Evaluation hat gezeigt, dass Förderpläne primär eine Legitimations- und keine Förderfunktion haben. Diese Funktion der Förderpläne und der Umgang damit müssen diskutiert werden.

Vernetzung

- Zur Weiterentwicklung des integrativen Systems wird empfohlen, den Austausch von guten Umsetzungsbeispielen zwischen den Gemeinden zu fördern.

Schülerinnen und Schüler mit Verhaltensauffälligkeiten

- Unbefriedigend ist die Situation bezüglich der Massnahmen für Schülerinnen und Schüler mit Verhaltensauffälligkeiten. Hier sollte kantonal eine Lösung gefunden werden.

3.2 Ressourcen

Die Ressourcenausstattung und das Ressourcenmanagement sind zentrale Steuerungselemente des SOPA und der IS HZ. Die Evaluation verweist auf folgende Optimierungsmassnahmen:

Ressourcenausstattung

- Der Pensenpool des Kantons für die integrative Förderung sollte Faktoren wie Grösse der Gemeinde, Finanzkraft und sozialstrukturelle Merkmale stärker berücksichtigen (z.B. über einen Sozialindex) und damit in Richtung einer verstärkten Bedarfsorientierung weiterentwickelt werden.



Ressourcenmanagement

- Für den effektiven Umgang mit den beschränkten Ressourcen soll der Austausch guter Praxisbeispiele zwischen den Gemeinden und den Schulleitungen angeregt werden.
- Der Einsatz der IF-Ressourcen ist auf Schulebene im Hinblick auf wirksame Formen der Zusammenarbeit im Unterricht zu überdenken: Die Qualität und die Wirksamkeit der Zusammenarbeit verändert sich, wenn die IF-Ressourcen pro Klasse gebündelt werden (z.B. Teilpensum als RLP plus IF-/IS-Lektionen, Mehrjahrgangsklassen, mehrere Schülerinnen und Schüler mit IF-/IS-Status in einer Klasse).

3.3 Sekundarstufe

Die integrative Förderung und die integrierte Sonderschulung sind auf der Sekundarstufe noch wenig etabliert. Die Evaluation verweist auf folgende Optimierungsmassnahmen:

- Auf der Sekundarstufe sind für die Stufe geeignete Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln und als Teil des sonderpädagogischen Konzeptes der Schule festzuhalten.
- Wenn auf der Sekundarstufe verstärkt integriert werden soll, sind grundsätzliche Diskussionen über integrative Schulmodelle auf der Sekundarstufe zu führen (z.B. heterogene Stammklassen, Lernlandschaften, Altersdurchmischung).
- Zur Weiterentwicklung der integrativen Schulung auf der Sekundarstufe sollten verstärkt Massnahmen der inneren Differenzierung realisiert werden. In diesem Zusammenhang sind auch die separativ geführten IF-Fördergruppen zu überdenken.

3.4 Nahtstellen und Übergänge

Eine Erhöhung der Durchlässigkeit auf der gegliederten Sekundarstufe und eine Flexibilisierung und Konzeptualisierung der Übergangsprozesse zwischen den Schulstufen sind wichtige Themen bei der Umsetzung des SOPA und der IS HZ. Die Evaluation verweist auf folgende Optimierungsmassnahmen:



Nahtstellen zwischen den sonderpädagogischen Angeboten

- Die Durchlässigkeit zwischen den Kleinklassen und der integrativen Förderung ist sowohl auf der Primar- wie auf der Sekundarstufe zu prüfen.
- Kleinklassen sollten Orte besonderer Förderung auf Zeit sein und die integrative Förderung sinnvoll ergänzen, aber nicht ersetzen. Die Funktion der Kleinklassen ist zu überdenken und ihre Aufgabe ist in den sonderpädagogischen Konzepten festzuhalten.

Übertritt in die Sekundarstufe

- Für den Übergang von der Primar- in die Sekundarstufe braucht es ein Vorgehen, das die Zuweisung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen (IF-/IS-Status) differenzierter als bis anhin regelt. Dabei muss insbesondere die Zuweisung zur Werkklasse diskutiert und geregelt und das integrative Angebot auf der Sekundarstufe erweitert werden.

Übertritt in die Berufsbildung

- Beim Übertritt von der Sekundarstufe in die Berufsbildung müssen im Zusammenhang mit der beruflichen Integration von Schülerinnen und Schülern der integrierten Sonderschulung die Rolle, die Aufgaben und die Zuständigkeit der IV-Berufsberatung geprüft und geklärt werden.



4 Literatur

- Moser Opitz, E. (2011). Integrative Schulung. In: Criblez, L., Müller, B. & Oelkers, J. (Hrsg.): *Die Volksschule zwischen Innovationsdruck und Reformkritik* (140-150). Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Pool Maag, S., Moser Opitz, E. (2014). Inklusiver Unterricht – grundsätzliche Fragen und Ergebnisse einer explorativen Studie. *Empirische Sonderpädagogik*, 6 (2), 133-149.
- Ruijs, N. M., Peetsma, T. (2009). Effects of inclusion on students with and without special educational needs reviewed. In: *Educational Research Review* (4), 67-79.
- Urban, M. & Lütje-Klose, B. (2014). Professionelle Kooperation als wesentliche Bedingung inklusiver Schul- und Unterrichtsentwicklung. Teil 2: Forschungsergebnisse zu intra- und interprofessioneller Kooperation. In: *Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete VHN*, 83(4), 283-294.